

In 30 Jahren: Von der Hilfe zur Kooperation

Rückblick und Bilanz zum 30. Jahrestag der demokratischen Neueröffnung der Leipziger Universität / 3. Teil: Auf dem Weg zur sozialistischen Universität 1949 bis 1961/62

Von Dr. Dietmar Keller, Sekretär der SED-Kreisleitung

Die Gründung der DDR am 7. Oktober 1949 war die folgerichtige Konsequenz aus dem Stand der inneren Entwicklungsbedingungen der antifaschistisch-demokratischen Ordnung und der Reise der revolutionären demokratischen Diktatur der Arbeiter und Bauern, die seit Mitte 1948 in verstärktem Maße durch Elemente der Diktatur des Proletariats geprägt worden war. Die schriftweise sozialistische Umgestaltung des Hochschulwesens stand jetzt objektiv auf der Tagesordnung. Dem entsprach die 4. Tagung des Zentralkomitees der SED im Januar 1951. Kerntag der Erststufung „Die nächsten Aufgaben in den Universitäten und Hochschulen“ war die Einführung des gesellschaftswissenschaftlichen Grundstudiums.

Die Parteiführung griff dabei auf eine sowjetische Erfahrung zurück, die ihren Ausgangspunkt in einem hochschulpolitischen Beschuß des Rates des Volkskommissars vom 12. März 1921¹ hatte. Das gesellschaftswissenschaftliche Grundstudium, das in den ersten Jahren für alle Studenten von einem zweijährigen Kurs „Grundlagen des Marxismus-Leninismus“ und einem einjährigen Kurs „Grundlagen des Politischen Ökonomie“ getragen wurde, entwickelte sich schnell als ein Hauptfeld der klassenmäßigen sozialistischen Erziehung und der marxistisch-leninistischen Bildung vieler Studentengenerationen.

Auseinandersetzungen begleitete, Der Lehrkörper der Abteilung Sprachunterricht der Leipziger Universität bestand 1951, abgesehen von ein paar Emigranten und Umsiedlern, unter denen sich sogar ein ehemaliger zaristischer Adliger und Offizier befand, überwiegend aus jungen Angehörigen des slawischen Instituts, die erst im Frühjahr 1952 ihr Staatsexamen ablegen gedachten. Die meisten von ihnen hatten erst 1946 angefangen, die russische Sprache zu erlernen; der erste von ihnen war 1957 das erste Mal in der Sowjetunion. Die fachlichen Ergebnisse waren unzureichend, dennoch wurde mit einem großen Enthusiasmus gearbeitet, der seine Triebkraft vor allem im Bemühen, ein ethisches und freundschaftliches Verhältnis zur Sowjetunion herzustellen, hatte. Mit der Einführung des gesellschaftswissenschaftlichen Grundstudiums und des russischen Sprachunterrichts sowie der Delegierung von Studenten in die Sowjetunion



wurden nicht nur wichtige politisch-ideologische und kaderpolitische Maßnahmen zur Sicherung der sozialistischen Revolution getroffen, sondern auch zugleich entscheidende Bedingungen für die Wissenschaftskooperation in künftigen Jahren vorbereitet. Das alles war ein hartes Stück Klassenkampf gegen ideologische Rückstände und Vorbehalte, gegen Einflüsse der bürgerlichen Ideologie und noch vorhandene Tendenzen des Antikommunismus und Antisowjetismus. Aber es war in allen Phasen ein zukunftsstrütziger Kampf, der die Partei immer in den Offensiven sah.

Die Sowjetunion unterstützte die beginnende sozialistische Entwicklung des Hochschulwesens der DDR nach Kräften auch mit Lehrbüchern und Lehrmaterialien, Gastdozenten und Gastprofessoren. Aus der großen Zahl von Lektoraten sowjetischer Wissenschaftler in der ersten Hälfte der fünfziger Jahren allein an der Karl-Marx-Universität seien gewissermaßen nur als Beispiele die der Professoren Oparin, Batitschew, Fedossejew, Djatschenko und Patschkow erwähnt. Verdienstvolle Wissenschaftler der Universität, wie die Professoren Behrens, Budzinskaja, W. Herzfelde, J. Lips, G. Mayer, Thalmann und Polak bewährten sich als echte Internationalisten und treue Freunde

der Sowjetunion, indem sie sich am Katheder, im wissenschaftlichen Meinungsstreit und in persönlichen Gesprächen vorbehielten für die Sowjetwissenschaft aussprechen, sie gegen alle Angriffe verteidigen und die Erfahrungen und Errungenschaften der Sowjetunion propagierten. Sie standen in einer Reihe mit sowjetischen Gastprofessoren, die wie die Professoren Tokarew, Pachomienko und Klujew bei der Entwicklung von Erziehung, Ausbildung und Forschung in der ersten Hälfte der fünfziger Jahre an unserer Universität Pionierleistung leisteten. Durch ihre Bescheidenheit, ihre wissenschaftliche Ausstrahlungskraft und klare Parteilichkeit halfen sie entscheidend mit, eine neue Generation von Studenten auszubilden. Sie vertraten Fachgebiete, in denen ein empirischer Kaderbildung herrschte oder die erst noch aufzubauen waren. Mitte der fünfziger Jahre zeichneten sich bei der sozialistischen Umgestaltung des Hochschulwesens erste grundlegende Ergebnisse ab. Trotzdem gab es noch eine Reihe von Erscheinungen der bürgerlichen Ideologie in der wissenschaftlichen Arbeit. Ein Teil des Lehrkörpers hatte sich in hartem Klassenkampf der beiden Gesellschaftssysteme noch nicht eindeutig für den Sozialismus entschieden, ein anderer, wenn auch weitaus kleinerer Teil, trat offen und versteckt gegen den Sozialismus auf. Die philosophisch-theoretische und weltanschauliche Bildung vieler Wissenschaftler war unzureichend, die Beziehungen zur Praxis zersplittert und hatten oft nur einen geringen Effekt für die sozialistische Erziehung der Studenten. Für die Partei der Arbeiterklasse stand im Kampf um den Sieg der sozialistischen Produktionsverhältnisse für den Bereich des Hoch- und Fachschulwesens die Aufgabe, das Vertrauensverhältnis zwischen Partei, Arbeiterklasse und Intelligenz weiter zu festigen, die nun sich herausbildende Intelligenz vor allem aus der Arbeiterklasse mit der alten Intelligenz zu verschmelzen, die Verbindung zur Sowjetwissenschaft zu verstetigen, die Planung und Leitung der Wissenschaft und des Hochschulwesens zu effektivisieren und die sozialistische Umgestaltung der Universitäten und Hochschulen mit allen Schlussfolgerungen für Lehre, Erziehung und Ausbildung, Forschung, für die Wissenschaftler und Studenten konsequent zu vollenden.

ZUM AUSCHNEIDEN



Das Neue begann immer mehr das Traditionelle zu ergänzen. Das Anatomische Institut (oben) und die Universitätsbibliothek.

Die Verwirklichung des am 20. September 1950 abgeschlossenen „Vertrages über die Beziehungen zwischen der Deutschen Demokratischen Republik und der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken“ entwickelten sich qualitativ neue Beziehungen zur Sowjetwissenschaft. Im März 1956 wurden in Dubna bei Moskau die Vereinigten Institute für Kernforschung der sozialistischen Länder geschaffen, die für viele Physiker der DDR zu einer Heimatstadt der wissenschaftlichen Arbeit wurden. Kaum ein Jahr später, im Februar 1957, konstituierte sich die Ständige Kommission von Historikern der DDR und der UdSSR, die noch im gleichen Jahr mit der Konferenz „Der Einfluß der Großen Sozialistischen Oktoberrevolution auf Deutschland. Die wichtigsten Richtungen der reaktionären Geschichtsschreibung über den zweiten Weltkrieg“ in Leipzig an die wissenschaftliche Öffentlichkeit trat. Die Zusammenarbeit mit der Sowjetwissenschaft wurde immer mehr zu einer Grundtendenz der Arbeit führender Wissenschaftler und wichtiger Prozesse der Wissenschaftsentwicklung der DDR. Dazu trugen wesentlich der Austausch von Gastprofessoren, der gegenseitige Besuch von Wissenschaftlerdelegationen und der Abschluß von Freundschaftsverträgen zwischen wissenschaftlichen Institutionen beider Länder bei. Erinnert sei an Prof. N. F. Janzen, der von 1958 bis 1959 eine Gastdozentur am Institut für Literatur in Leipzig innehatte und auch an der Karl-Marx-Universität Vorlesungen hielt, die für viele

junge Germanisten und Literaturwissenschaftler einen unauslöschlichen Eindruck hinterließen. Ein hoher Höhepunkt in der Geschichte der Karl-Marx-Universität war der erste malige Besuch einer Delegation des ZK der KPdSU unter Leitung des Akademiemitgliedes und Leiters der Abteilung Wissenschaften im ZK der KPdSU, Akademiemitglied Prof. W. A. Kirillin im März 1958. In einer Reihe von Gesprächen und Aussprachen mit führenden Wissenschaftlern gab er einen interessanten Einblick in die Probleme der Forschung und Lehre der sowjetischen Universitäten und Hochschulen und wichtige Hinweise für die Entwicklung des Wissenschaftspotentials der Universität. Von hier gingen auch die Impulse für den Abschluß eines Freundschaftsvertrages der Universität mit der Staatlichen Leningrader Slobodow-Universität am 8. Juni 1959 aus, nachdem bereits im Jahr 1957 eine Vereinbarung über die wissenschaftliche Zusammenarbeit zwischen der Deutschen Akademie der Wissenschaften und der Akademie der Wissenschaften der UdSSR und im November 1958 ein Freundschaftsvertrag zwischen der Humboldt-Universität Berlin und der Lomonosow-Universität Moskau abgeschlossen worden waren. Ausdruck der sich vertiefenden wissenschaftlichen und kulturellen Beziehungen beider Länder war auch die im Jahre 1958 erfolgte Rückgabe von wertvollen Kunstschatzen des Ägyptologischen Institutes und der 81 000

Exponate der Münzsammlung an die Universität, die 1946 zeitweilig in die UdSSR überführt worden waren.

In konsequenter Verwirklichung der Beschlüsse der 3. Hochschulkonferenz der SED und des V. Parteitages der SED 1958 zur weiteren sozialistischen Umgestaltung des Hochschulwesens begann sich unter Kreisen der führenden Wissenschaftler aller Disziplinen Schritt für Schritt ein systematisches Studium der wissenschaftlichen Weltanschauung der Arbeiterklasse und wichtiger Ergebnisse der Sowjetwissenschaft durchzusetzen. 1961 nahmen bereits 167 sowjetische Wissenschaftler an Konferenzen, Beratungen und Kolloquien an den Universitäten, Hochschulen und der Deutschen Akademie der Wissenschaften teil, während 276 Wissenschaftler der Republik zum gleichen Zweck in die UdSSR fuhren.

Mit der Gründung der DDR entwickelten sich die Wissenschaftsziele und die Zusammenarbeit des Hochschulwesens beider Länder auf der Grundlage der Arbeit von gleichberechtigten und souveränen Partnern. Durch eine Reihe von Verträgen und Abkommen wurde die Zusammenarbeit in den Status vollrechtslicher Beziehungen gehoben. Das trug wesentlich dazu bei, daß die Sowjetwissenschaft im Bereich des Hochschulwesens unter Republik Full zu fassen begann und ihre Repräsentanten als wissenschaftliche Lehrer und Partner betrachtet

wurden. Nachdem in den Jahren der antifaschistisch-demokratischen Umgestaltung des Hochschulwesens vor allem die Propagierung der marxistisch-leninistischen Gesellschaftstheorie einen Schwerpunkt des Wissens sowie sozialistische Wissenschaftler an den Universitäten und Hochschulen darstellte, erfüllten die Beziehungen jetzt auch schon, wenngleich noch bescheiden, die Naturwissenschaften, die medizinischen und Agrarwissenschaften. Die sozialistische Entwicklung des Hochschulwesens bis zum Sieg der sozialistischen Produktionsverhältnisse war auch ein Sieg der Sowjetwissenschaft über Vorbehalte und ideologische Einstellungen so mancher Angehöriger der alten Intelligenz. Von der Gründung der DDR bis 1961/62 wurden im Hochschulwesen der DDR die entscheidenden Voraussetzungen geschaffen, die seine Entwicklung als Kooperationspartner des Hochschulwesens der UdSSR ermöglichten.

Anmerkungen:

¹ Vgl. Lenin, W. I.: Über Wissenschaft und Hochschulwesen. Dietz Verlag, Berlin 1969, S. 332 f.

² Marx, G.: Das Hochschulwesen in der Sowjetunion. Ergebnisse einer Delegationsreise (Berlin, o.J.), S. 2, 3, 38.

Hervorhebungen: die Redaktion

Fortschreibung und Schlaf in der UZ vom 8. Februar 1976:

Die Universität in der entwickelten sozialistischen Gesellschaft 1962 bis 1976.

Hervorhebungen: die Redaktion

FRAGEN, DIE UNS BEWEGEN

Die Abrüstung ist die wichtigste und wirksamste Methode, um das Verbot der Aggressionskriege zu sichern. Ihr Charakter als ein Prinzip des Völkerrechts läßt sich dabei in erster Linie vom völkerrechtlichen Prinzip des Gewaltverbotes ableiten. Das Prinzip der Abrüstung beinhaltet die Pflicht aller Staaten, ein Abschluß von Verträgen über die Abrüstung aktiv zu betreiben.

Da nun die Abrüstung und auch die Rüstungsbegrenzung neutralen Punkte für jeden Staat sind und für alle Staaten das Prinzip der souveränen Gleichheit gilt, ist es unbedingt erforderlich, die Abrüstungs- und die Rüstungsbegrenzungsmassnahmen auf der

heute in Mitteleuropa eine Konkretisierung desselben dar. Diese Besonderheiten bestehen u. a. darin, daß in Mitteleuropa die Wirtschaftsstaaten den NATO-Staaten militärisch überlegen sind. Die NATO-Staaten entwickeln nun eine Reihe von Pseudothemen, wie „geographische Disparitäten“, „soziale Höchstgrenzen“ der Truppen, „symmetrische“ Reduzierungen u. dgl. mehr und stellen im Ernst die unrealistischen Forderungen, wonach die sozialistischen Staaten rund um das Dreiecke reduzieren sollten! Es kann jedoch niemals das Ziel der Wiener Verhandlungen sein, die historisch entstandene und objektiv bestehende militärische Überlegen-

Abrüstungsverhandlungen - mit Prinzipien?

Von Dr. sc. Panos Terzopoulos, IIS

Grundlage gleicher Grundsätze durchzuführen. Es ist daher kein Zufall, daß in den SALT-Verhandlungen zwischen der UdSSR und den USA sowie im Rahmen der Wiener Verhandlungen über die Reduzierung von Truppen und Rüstungen in Mitteleuropa sich einige Prinzipien herausgebildet haben, die von den Staaten beachtet werden müssen. Hierbei handelt es sich vor allem um die Prinzipien der gleichen Sicherheit, der unverminderten Sicherheit, der Gegenseitigkeit, der Gleichzeitigkeit und der Kontrolle mit nationalen Mitteln.

Sicherlich ist eine starre Trennung dieser Prinzipien voneinander wieder möglich noch sinnvoll. Man müßte sie unter Umständen dennoch etwas differenzierter betrachten, um ihren eigentlichen Inhalt besser zu erfassen. Zunächst kann festgestellt werden, daß die Prinzipien der gleichen Sicherheit und der unverminderten Sicherheit dem Wesen nach eine gemeinsame Funktion haben: aus den Verhandlungen über Abrüstungen und Begrenzungen dürfen für die beteiligten Staaten keinesfalls Nachteile erwachsen, d. h. ihre Sicherheit darf nicht geschränkt werden. Dabei ist ein Unterschied nicht zu übersehen: das Prinzip der unverminderten Sicherheit ist aus dem Prinzip der gleichen Sicherheit hervorgegangen und stellt unter Berücksichtigung der militärischen Besonder-

heit der sozialistischen Staaten zu eliminieren und dadurch den NATO-Staaten einseitige Vorteile zu verschaffen. Das Ergebnis der Verhandlungen kann also nur sein: Ein niedriges Niveau der Stärke der Streitkräfte und Rüstungen, ohne das bestehende Krafteverhältnis zu verändern.

Zu beachten ist ferner das Prinzip der Gegenseitigkeit. Dieses bedeutet, daß alle eif potentiellen Teilnehmerstaaten konkrete Verpflichtungen über die Reduzierung von Truppen und Rüstungen übernehmen müssen. Die westlichen Staaten plädieren allerdings für die „Beiderseitigkeit“. Sie meinen damit Verhandlungen von Militärkoalition zu Militärkoalition, um eine Beeinträchtigung der integrierten Verteidigungszusammenarbeit der NATO zu vermeiden, wie ein NATO-Sprecher in Wien meinte. Mit der Gegenseitigkeit hängt die Gleichzeitigkeit zusammen, d. h. gleichzeitige Durchführung der einzelnen Maßnahmen in einer gemeinsam festgelegten Zeit. Es leuchtet ein, daß kein Staat bereit ist, mit der Abrüstung zu beginnen, ehe er nicht die absolute Gewißheit hat, daß die anderen Staaten ebenfalls abrufen. Abschließend sei hervorgehoben, daß die sozialistischen Staaten sich von den genannten Prinzipien leiten lassen und bereit sind, ihren Beitrag zur Abrüstung zu leisten.

ARGUMENTE, DIE WIR BRAUCHEN